

# Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss  
Montags. Bezugspreis monatlich 40 ¢  
ohne Dringertohn. Anzeigenpreis 35 ¢  
für die sechsgespaltene Millimeterzeile.  
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen.  
An der Weidde 20. Tel. Domsehde 2 07 80

Organ des  
**Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes**

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-  
antwortlich: für den redaktionellen Teil  
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald  
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-  
Verband, Ferdinand Husung, Druck: J. S.  
Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 16

Bremen, 16. April

Jahrgang 1932

## Auf zur Landtagswahl am 24. April!

Wir wählen SPD!  
Wir wählen rot!  
Das bedeutet:

Freiheit, Arbeit und Brot!  
Wir stimmen für Ordnung im Staat!  
Für Geltung im Völkerrat!  
Für der Verfassung hehres Ziel!  
Für reinen Kampf im Kräftepiel!  
Für gleiches Recht und gleiche Pflicht!  
Für Lebensraum mit Glück und Licht!  
Für Menschenwürde, Nächstenliebe!  
Für Mitbestimmung im Betriebe!  
Für Mitbestimmung in Verwaltung!  
Für demokratische Entfaltung!  
Für des Volkes Wohlergehen!  
Für Augenmaß im Weltgeschehen!  
Für Aufbau ohne Ende!  
Für Gleichheit aller Stände!  
Für Planung der Produktion!  
Für Arbeit und gerechten Lohn!  
Für Fortschritt, Frieden und Kultur!  
Das sei am Sonntag unser Schwur!

Wir wählen SPD!  
Wir wählen rot!  
Das bedeutet:

Freiheit, Arbeit und Brot!  
Wir stimmen gegen den Hitlerstaat!  
Gegen Terror und Hochverrat!  
Gegen Chaos und Bürgerkrieg!  
Gegen des Geldsacks blutigen Sieg!  
Gegen Betrug, Gewalt und Mord!  
Gegen Verleumdung in Schrift und Wort!  
Gegen Versklavung der schaffenden Massen!  
Gegen Verhehlung der Völker und Rassen!  
Gegen brutale Beugung des Rechts!  
Gegen Verrohung des jungen Geschlechts!  
Gegen geistige Verknechtung!  
Gegen leibliche Entrechtung!  
Gegen Bedrohung und Tyrannei!  
Gegen Vergeltungskriegsgeschrei!  
Gegen den Blutaussch der Köpferoller!  
Gegen den Haß- und Phrasenkoller!  
Gegen Willkür und Diktatur!  
Das sei am Sonntag unser Schwur!

Heran, Frau und Mann: Für Freiheit und Brot!  
Wir wählen SPD! Wir alle wählen rot!

## Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Die Entscheidung darüber, wer für die nächsten sieben Jahre in Deutschland Reichspräsident sein soll, ist gefallen. Hitler und die Seinen haben auch am 10. April ihr Ziel nicht erreicht. Reichspräsident ist und bleibt Hindenburg. Die Niederlage des Faschismus herbeigeführt zu haben, ist nicht zuletzt das Verdienst der in der „Eisernen Front“ zusammengeschlossenen Organisationen. Ebenso wie am 13. März haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter trotz Not und Elend und trotz aller auf sie niederprasselnden Parolen auch am 10. April eine Disziplin und politische Reife an den Tag gelegt, die Bewunderung und Achtung verdient.

Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis haben beim zweiten Wahlgang Stimmen erhalten:

Hindenburg . . . 19 359 642 oder 53,0 v. H.  
Hitler . . . . . 13 417 460 oder 36,8 v. H.  
Thälmann . . . . 8 706 388 oder 10,2 v. H.

Das deutsche Volk hat demnach am

10. April den bisherigen Reichspräsidenten mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Gegenüber dem ersten Wahlgang konnte Hindenburg noch einen Zuwachs von mehr als 700 000 Stimmen buchen, der nur zu einem geringen Bruchteil von früheren Duesterbergwählern herrührt. In ihrer überwältigenden Mehrheit haben Deutschnationale und Stahlhelmer, die im ersten Wahlgang für Duesterberg eintraten, im zweiten Wahlgang für Hitler gestimmt.

Am auffälligsten ist der Rückgang der kommunistischen Stimmen um mehr als 1 275 000. Hier zeigt sich die Auswirkung der verfehlten Taktik der kommunistischen Parteileitung, die ihre Hauptstosskraft nicht gegen die Hakenkreuzler, sondern gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie richtete, und damit ihre eigenen Anhänger derartig verwirrte, daß ein Teil von ihnen in Hitler das „kleinere Uebel“ erblickte und dementsprechend stimmte. Hoffentlich folgt

num bald die im Interesse der Arbeiterschaft so notwendige Ernüchterung und Umkehr.

Nachdem die Reichspräsidentenwahl vorüber ist, gehen die Parteien und Organisationen, die — wenn auch aus verschiedenen Gründen — für Hindenburg eingetreten sind, wieder ihren eigenen Weg. Zunächst kommt es jetzt darauf an, daß die Faschisten nicht über die Länder das erreichen, was sie bei der Reichspräsidentenwahl vergeblich erhofft haben. Bis zum 24. April müssen deshalb noch einmal alle Kräfte angespannt werden, um das fortzusetzen, was am 13. März und 10. April begonnen wurde, nämlich dem Faschismus eine entscheidende Niederlage beizubringen. Doch darüber mehr auf der nächsten Seite dieses Blattes. Auf alle Fälle lautet die Parole am 24. April für unsere Kolleginnen und Kollegen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt: Geht zur Wahl und wählt Sozialdemokraten!

# Mit Otto Braun und Carl Sebering

Die letzte Etappe des großen politischen Entscheidungskampfes, der seit dem März in Deutschland tobt, bildet das Ringen um die Zusammenfassung des Preussischen Landtages, das in der Wahl am 24. April seinen Abschluß findet. Der Ansturm der gesamten Kräfte der Reaktion gilt Preußen, nachdem der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens von ihr verloren wurde. Preußen, seit dem November 1918 regiert von der Koalition der Weimarer Parteien, ist das Ziel, das zu erreichen die gesamten Parteien der Reaktion ihre Kräfte verdoppeln. Denn aus dem einst junkerlich beherrschten Preußen des Dreiklassenwahlrechts ist dank der fast unausgesetzten ausschlaggebenden Beteiligung der Sozialdemokratie an der Preußenkoalition und der Preußenregierung das Preußen geworden, das von allen Gegnern der Demokratie und der Republik als das „rote Preußen“ verschrien und bekämpft wird.

Was die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreicht haben, das hoffen sie in einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt wird am 24. April durch die Wahl die Zusammenfassung der Länderparlamente bestimmt.

Aber von ausschlaggebender Bedeutung für die Politik Deutschlands sind hauptsächlich die Preußenwahlen, die entscheidend für das Geschick der deutschen Republik sein werden. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei bedeutet in der Tat heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. In Thüringen und in Braunschweig konnte und kann man das Experiment nationalsozialistischer Mitregierung wagen. Aber schon diese Beispiele zeigen, was gerade die Masse des Volkes, gerade die Arbeiterschaft, dabei zu riskieren und dabei zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Mitregierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Beunruhigung und Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

In dem von der Wirtschaftskrise bedrohten Deutschland würden die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung zuerst und zumeist die Arbeiterschaft treffen. Es darf niemals übersehen werden, daß die Ausföhrung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetze, Arbeiterschutz, Roa-

litionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Innehaltung und Durchführung garantieren.

Ganz abgesehen aber davon, daß ein den Mächten der Reaktion ausgeliefertes Preußen den Fortfall eines Schutzwall für die sozialen Errungenschaften der Arbeiter bedeuten würde, wäre auch ein von Nationalsozialisten maßgebend regiertes Preußen sehr bald wieder ein Staat, in dem auch die politische Gleichberechtigung und das politische Mitbestimmungsrecht zur hohlen Phrase würden. Denn nur dadurch, daß das republikanische Preu-

## Wählt am 24. April

in Preußen

Bayern

Württemberg

Hamburg

Anhalt

## Sozialdemokraten!

ßen mit den Mitteln der Polizei und der Verwaltung dem wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung die Ausübung der politischen Rechte garantiert, ist es möglich gewesen, dem wirtschaftlichen Uebergewicht der Industrie- und Bodenmag-naten einen politischen Machtfaktor entgegenzusetzen. Hitler und die Nationalsozialistische Partei sind nichts weiter als der Vorspann für die Sehnsüchte und Wünsche der Industrieherrn, die von der Wiederherstellung des einstigen Zustandes des „Herr im Hause“ träumen. Und gelangen die Nationalsozialisten zur Macht, dann werden die Förderer und Geldgeber dieser Partei sich nicht scheuen, Herrn Adolf Hitler und seinen Mannen die Rechnung zur Begleichung vorzulegen.

Die Bedeutung des eindeutig republikanisch regierten und verwalteten Preußens liegt aber auch auf außenpolitischem Gebiet. Niemand hätte die auf Verständigung mit den ehemaligen Gegnern gerichtete Außenpolitik des Reiches so trotz aller inneren Schwierigkeiten und Hemmungen in dem ganzen letzten Jahrzehnt durchgeführt werden können, wenn nicht das republikanische Preußen die Reichsregierung in dieser Politik mit aller Kraft gestützt und gefördert hätte. Die Tatsache, daß Preußen als Land der Reichsregierung bei allen außenpolitischen Krisen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit garantieren konnte, hat nicht zuletzt diese befähigt, ihre Außenpolitik zu ermöglichen. Und

nur durch diese Außenpolitik, nur durch eine Politik der Verständigung ist es in dem von Krieg und Inflation wirtschaftlich schwer geschädigten Deutschland überhaupt möglich gewesen, Wege zum Aufbau der Wirtschaft zu suchen und einzuschlagen.

Heute lastet die Arbeitslosigkeit nicht nur auf Deutschland, sondern mehr oder minder auf allen Ländern Europas, ja der Erde. Amerikas wirtschaftlicher Niedergang ist ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftskrise nichts danach fragt, ob ein Land und seine Wirtschaft zu den Unterlegenen oder zu den siegreichen Mächten des Weltkrieges gehören. Aber die deutsche Arbeitslosigkeit, das deutsche Wirtschaftsleiden wird wesentlich verschärft durch die innerpolitische Unsicherheit, die durch das Anwachsen der radikalen Parteien von rechts und links hervorgerufen wird. Deren hemmungslose Agitation, deren skrupellose Drohungen, auch mit den Mitteln der Gewalt den heute bestehenden Staat und seine Verfassung stürzen und ändern zu wollen, erschüttern das Vertrauen weiser Schichten der deutschen Bevölkerung in die Zukunftsmöglichkeit deutschen wirtschaftlichen Aufstiegs und einer kommenden wirtschaftlichen Besserung.

Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl hat zwar manche Teile des deutschen Volkes schon darüber belehrt, daß auch die radikalen Parteien in ihrem Zuwachs Grenzen haben. Deshalb aber werden nun Unruhe und Unsicherheit aufs neue vermehrt mit dem Hinweis darauf, daß der 24. April dem republikanischen festen Kurs in Preußen ein Ende bereiten würde. Und solange nicht der Wahlausgang vom 24. April bewiesen hat, daß die Bevölkerung Preußens in ihrer Mehrheit die extremen Parteien rechts und links ablehnt, solange wird auch das Ausland sich nicht überzeugen lassen, daß trotz aller skrupellosen Verheißung und Demagogie der größte Teil des Volkes zur politischen Einsicht und wirtschaftlichen Vernunft sich bekennt.

Das Interesse der Arbeiterschaft gebietet es daher, daß alle Kraft angespannt wird, um den 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungslosen Radikalismus zu gestalten. Wenn sich alle Schichten des arbeitenden Volkes am 24. April zusammenfinden zum Schutz des neuen Preußens, zur Sicherung derjenigen Errungenschaften, die es gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen alle Andersdenkenden und alle Konfessionen, dann wird eine überwältigende Mehrheit auch diesen Ansturm der Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer zum Scheitern bringen. Das Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Terror und Gewalt. Wird dieses Preußen, die Bastion der Republik und Demokratie, am 24. April erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird der 24. April in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften als Tag des Sieges zu buchen sein.

# Die Tabakindustrie in Zahlen

Uns ist bekannt, daß es nicht jedermanns Geschmack ist, Artikel mit Tabellen und dergleichen Dingen zu lesen. Trotzdem müssen wir von Zeit zu Zeit Darstellungen bringen, die mit Zahlen gespickt sind, um der Kollegenschaft von einem Material Kenntnis zu geben, ohne das eine planmäßige und erfolgreiche Gewerkschaftstätigkeit nicht entfaltet werden kann. Mehr noch als in normalen Zeiten gilt das für Krisenperioden, wie wir sie jetzt durchleben. Wer da an verantwortlicher Stelle praktische Gewerkschaftsarbeit leisten und sich vor Irrtümern und Mißgriffen schützen will, muß über die Struktur der für ihn in Frage kommenden Industrie und ihre Wandlungen genau unterrichtet sein.

Wir glauben deshalb richtig zu handeln, wenn wir auch in diesem Jahre wieder mit einer Reihe von Tabellen aufwarten, die erkennen lassen, wie groß die Zahl der für die einzelnen Zweige der Tabakindustrie in Betracht kommenden Orte, Firmen, Betriebe und Arbeiter ist.

Als Unterlage für unsere Darstellung dient einmal die statistische Jahresübersicht der Tabak-Berufsgenossenschaft für 1931 und zum anderen das Ergebnis der im Herbst 1931 von den beiden Tabakarbeiter-Verbänden aufgenommenen Betriebsstatistik.

Wir beginnen mit der Wiedergabe der Zahlen aus der Jahresübersicht der Tabak-Berufsgenossenschaft, wobei die Zu- und Abgänge von uns errechnet sind.

Bei den Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft ist zu berücksichtigen, daß eine Firma, die z. B. 150 Rauchtabakarbeiter, 35 Zigarrenarbeiter und 10 Kautabakarbeiter hat, wobei die Hilfsarbeiter wie Kutscher, Schlosser, Pförtner usw., beim Rauchtabak mitgezählt und die kaufmännischen Angestellten auf die drei Gewerkszweige verhältnismäßig verteilt sind, bei den Firmen nur einmal unter Rauchtabak erscheint. Sind alle drei Fachgruppen in einem Betrieb vereint, so erscheint dieser Betrieb nur einmal unter Rauchtabak. Stellt die Firma aber im Hauptbetrieb Rauch- und Kautabak und in einem Zweigbetrieb Zigarren her, so erscheint der Betrieb einmal unter Rauchtabak und einmal unter Zigarren. Die Vollarbeiter dieser Firmen erscheinen aber ohne Rücksicht auf örtliche Trennung oder Vereinigung unter Rauchtabak, Zigarren und Kautabak.

Betrachten wir unter diesen Voraussetzungen die nebenstehenden Zahlen, dann zeigt sich sofort mit aller Deutlichkeit, in welcher verheerenden Weise sich Wirtschaftskrise und Tabakbelastung ausgewirkt haben. In den vier größten Zweigen der Tabakindustrie ist sowohl die Zahl der Firmen wie auch die Zahl der Betriebe zurückgegangen, in der Zigarrenherstellung um mehr als 10 v. H. Schlimmer noch ist der Rückgang der Vollarbeiterzahlen, der sich verhältnismäßig am größten in der Zigarettenherstellung zeigt, wo neben den obengenannten Ursachen auch noch die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine stark in die Erscheinung tritt.

## Firmen (Tabak-Berufsgenossenschaft)

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	2 471	2 167 — 304
Zigaretten.....	130	117 — 13
Rauchtabak.....	217	197 — 20
Kautabak.....	45	42 — 3
Schnupftabak.....	83	30 — 3
Vergärung.....	45	46 + 1

## Betriebe (Tabak-Berufsgenossenschaft)

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	8 876	3 430 — 446
Zigaretten.....	143	139 — 4
Rauchtabak.....	226	207 — 19
Kautabak.....	46	43 — 3
Schnupftabak.....	34	35 + 1
Vergärung.....	53	58 + 5

## Vollarbeiter (Tabak-Berufsgenossenschaft)

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	109 927	89 163 — 20 764
Zigaretten.....	20 933	16 248 — 4 685
Rauchtabak.....	6 422	5 415 — 1 007
Kautabak.....	2 844	2 609 — 235
Schnupftabak.....	666	608 — 58
Vergärung.....	749	769 + 20

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	18 89 v. H.	
Zigaretten.....	22 38 " "	
Rauchtabak.....	15.68 " "	
Kautabak.....	8.26 " "	
Schnupftabak.....	8 71 " "	
Vergärung.....	2.67 " "	

Nunmehr lassen wir das Ergebnis der von den beiden Tabakarbeiter-Verbänden aufgenommenen Betriebsstatistik folgen. Dabei muß beachtet werden, daß die vor dem beispielsweise angeführte Firma dreimal erscheint und zwar sowohl unter Rauchtabak, wie auch unter Zigar-

ren und Kautabak. Dasselbe gilt für die Betriebe dieser Firma ohne Rücksicht darauf, ob sie örtlich zusammenhängen oder nicht.

Außerdem darf nicht übersehen werden, daß das Ergebnis der Betriebsstatistik der Tabakarbeiter-Verbände nicht ganz

von den Zufälligkeiten des jeweiligen Erhebungstages zu befreien ist, während die Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft, besonders soweit die Vollarbeiterzahlen in Betracht kommen, sich auf die Mitteilungen der Unternehmer über ein ganzes Jahr stützen.

Branch:	Orte		Firmen		Betriebe		Arbeiter (Betriebsstatistik)	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Zigarren.....	1 121	991 — 130	2 074	1 584 — 490	3 160	2 484 — 676	136 402	106 673 — 29 729
Zigaretten.....	22	24 + 2	50	58 + 8	64	73 + 9	18 367	16 851 — 1 516
Rauchtabak.....	108	87 — 16	162	132 — 29	164	134 — 30	4 635	4 582 — 53
Kautabak.....	32	28 — 4	41	36 — 5	46	41 — 5	2 710	2 577 — 133
Schnupftabak.....	18	14 + 1	16	17 + 1	18	19 + 1	440	418 — 22
Vergärung.....	8	10 + 2	17	19 + 2	17	19 + 2	639	715 + 76

Branch:	Orte		Firmen		Betriebe		Arbeiter (Betriebsstatistik)	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Zigarren.....	21.80 v. H.							
Zigaretten.....	8 25 " "							
Rauchtabak.....	1 15 " "							
Kautabak.....	4.91 " "							
Schnupftabak.....	5 — " "							
Vergärung.....	11.89 " "							

Die letzte Zusammenstellung unterrichtet über die Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie. Hier zeigt sich im einzelnen, wie wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 12 schon allgemein hervorgehoben haben, daß der Mitgliederverlust des Deutschen Tabakarbeiter-

Verbandes weniger stark in die Erscheinung getreten ist, als nach dem Rückgang der Zahl der Vollarbeiter, wie sie die Tabak-Berufsgenossenschaft errechnet hat, erwartet werden mußte. Eine Ausnahme macht einzig und allein die Tabakvergärung, in der die Mitgliederzahl zurückgegangen und die Vollarbeiterzahl ge-

stiegen ist. Vielleicht kann das darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeiterzahl in den Vergärungsbetrieben starken Schwankungen unterliegt.

Wir führen das nicht an, um etwa über den eingetretenen Mitgliederverlust hinwegzutäuschen oder ihn zu bagatellisieren, sondern nur deshalb, um zu zeigen, wie stark die Mitgliederbewegung unserer Organisation von der Beschäftigungsmöglichkeit in der Tabakindustrie beeinflusst wird. Selbstverständlich darf uns das nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen und bessere Zeiten abzuwarten, vielmehr muß auch jetzt alles getan werden, was möglich ist, um dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband neue Mitglieder zuzuführen.

## Mitglieder (Deutscher Tabakarbeiter-Verband)

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	50 748	43 000 — 7 748
Zigaretten.....	16 913	13 304 — 3 609
Rauchtabak.....	2 125	1 840 — 285
Kautabak.....	2 152	2 019 — 133
Schnupftabak.....	232	223 — 9
Vergärung.....	373	335 — 38

Branch:	1930	1931
Zigarren.....	15.27 v. H.	
Zigaretten.....	21.34 " "	
Rauchtabak.....	18.41 " "	
Kautabak.....	6.18 " "	
Schnupftabak.....	3.88 " "	
Vergärung.....	10.19 " "	

## Stützung der Genossenschaften

Durch die Tagespresse gingen in letzter Zeit Meldungen, die besagten, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Konsumgenossenschaften eine größere Unterstützung von etwa 12 bis 15 Millionen Mark zu gewähren. Insbesondere rief dieses Gerücht die Gegner der Konsumgenossenschaften auf den Plan, die überall glaubten, die Gewährung eines Reichszuschusses an gefährdete Konsumvereine mit den gehässigsten Mitteln verhindern müssen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine sah sich daher veranlaßt, mit Ausführungen an die Öffentlichkeit zu treten, die eine sachliche Aufklärung über die in Betracht kommenden Fragen enthalten.

Die wichtigsten Gedankengänge seien hier wiedergegeben. Seit der Julikrise im vorigen Jahr ließ die Reichsregierung allen möglichen Zweigen der privatrechtlichen Wirtschaft Unterstützungen zukommen. Insbesondere wurden auch die Genossenschaften des gewerblichen Mittelstandes, der sich heute besonders über die Pläne einer etwaigen Konsumvereinstützung ereifert, auf dem Wege über die Dresdner Bank mit einer umfangreichen Reichshilfe bedacht. Die Konsumgenossenschaften erklärten damals in sachlicher Weise, daß sie eine derartige Stützung vorläufig nicht in Anspruch zu nehmen brauchten.

Die fortschreitende Not der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, die den Hauptteil der Konsumgenossenschaftsmitglieder stellen, zog jedoch immer stärkere Abhebungen der bei den Konsumgenossenschaften angelegten Spargelder nach sich. Die öffentlichen Sparkassen, die Gelder aus allen Schichten der Bevölkerung verwalten und infolgedessen von der Not der Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen, weniger stark betroffen wurden, erhielten Reichsmittel in größerem Umfang, um den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Konsumgenossenschaften erfüllten ungleich höhere Anforderungen aus eigener Kraft. Wenn sie jetzt in einem Augenblick, da sich die Not ihrer Mitglieder infolge der Schwierigkeiten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft bis ins Unerträgliche steigert, im Interesse nicht nur der Erhaltung einzelner Genossenschaften, sondern der Gesamtwirtschaft eine Stützung vom Reich fordern, so ist dieses Verlangen durchaus gerecht. Es erscheint sogar noch gerechter, wenn man bedenkt, daß nur diejenigen Beträge vom Reich zurückgefordert werden, die dieses auf Grund der erhöhten Umsatzsteuer für Großbetriebe von den Konsumgenossenschaften eingezogen hat.

Kein gerecht denkender Mensch würde je verstehen können, wenn die Reichsregierung die Konsumgenossenschaften mit anderem Maß messen wollte als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Landwirte. Es ist kein unbilliges Verlangen, das die Konsumgenossenschaften stellen. Sie fordern nur gleiches Recht für alle und diejenige Berücksichtigung durch den Staat, die ihnen nicht weniger als dem gewerblichen Mittelstand in der Reichsverfassung verbürgt ist.

## Berichte aus Gauen und Zahlstellen

**Magdeburg.** In der am 9. April stattgefundenen Versammlung wurde das Ableben des Arbeitersekretärs Wünschmann wie üblich geehrt. Kollege **Erich Wille** gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1932 bekannt. Die Einnahme und Ausgabe betrug 846,20 *M.* Die Einnahme der Lokalkasse betrug mit Barbestand und zinstragend angelegten Geldern 2676,46 *M.*, die Ausgabe 2585,99 *M.*, so daß ein Barbestand von 91,37 *M.* vorhanden ist. Die Mitgliederzahl beträgt 142. Auf Antrag des Kollegen **Ernst Rodehau** wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann berichtete Kollege **Lüdge** über die von der Zahlstelle durchgeführte Lohnstatistik und hob folgendes hervor: Immer noch hält die Wirtschaftstriebe an, unter der das deutsche Volk zu leiden hat, ganz besonders aber die Arbeiterschaft. Noch sind es über 6 Millionen Arbeitslose, darunter solche, die schon 2 bis 4 Jahre arbeitslos sind. Aber die in Arbeit stehenden haben ebenfalls schwer unter der Krise zu leiden, sie sind der Willkür des Unternehmertums preisgegeben, bei jeder geringfügigen Sache wird mit Entlassung gedroht. Auch in der Tabakindustrie hat die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in großem Umfang zugenommen, wie ja die Zahlen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 12 beweisen. Und trotz dieses Zustandes mußten sich die Tabakarbeiter im Frühjahr 1931 einen erheblichen Lohnabbau von 4 bis 6 Prozent gefallen lassen, und am 8. 12. 31 durch Notverordnung einen solchen von 15 Prozent. Außerdem hat eine wesentliche Umstellung innerhalb der Zigarrenindustrie stattgefunden, die außer dem Lohnabbau eine bedeutende Verdienstminderung mit sich gebracht hat. Mit den jetzt erzielten Löhnen ist kaum das Notwendigste zu bestreiten. Aus einer Reihe von Orten und Betrieben liegen Mitteilungen vor, wonach die Verdienste der Tabakarbeiter vielfach so gering sind, daß sie nicht höher liegen als die Sätze der Arbeitslosenunterstützung, ja sogar der Wohlfahrtsunterstützung. Trotz dieses Elends erleben wir, daß die Fabrikanten bestrebt sind, die Löhne noch mehr abzubauen, hat doch bereits der Bezirksarbeitgeberverband in Schlesien vorsorglich den Tarif auf der 30. April 1932 geändert. Die Arbeiterschaft hat sich also auf das allerchlimmste gefaßt zu machen. Gegen die Absicht der Zigarrenfabrikanten haben sich die Tabakarbeiter zu entschiedenster Gegenwehr vorzubereiten. Um einen Einblick in die Lohnverhältnisse der Magdeburger Tabakarbeiter zu bekommen, ist festgestellt worden, daß 112 Arbeiter der Firma **Weißner u. Co.** in den beiden ersten Lohnwochen des Monats März 10 641 Stunden gearbeitet haben. Dafür erhielten sie 4207,58 *M.* Demnach erzielte jeder Arbeiter pro Woche mit 48 Stunden 18,78 *M.* oder pro Stunde 39,08 *S.*, so daß der Magdeburger Tabakarbeiter in der Zigarrenherstellung einen Jahresverdienst von 976,56 *M.* hat. An sozialen Abgaben sind wöchentlich über 2 *M.* zu zahlen, im Jahre 104 *M.* Der größte Teil der Arbeiter wohnt stundenweit von der Arbeitsstätte entfernt, so daß wöchentlich noch 1,50 *M.* für die Straßenbahn verausgabt werden müssen, oder im Jahre 78 *M.* 12 bis 15 Personen müssen die Bahn benutzen, die Entfernung beträgt 30 bis 36 Kilometer. Die Wochenkarte kostet 3,80 bis 5,20 *M.*, macht im Jahre 197,60 bis 270,40 *M.* Rechnet man alles zusammen, so verbleiben den Tabakarbeitern, die am Orte wohnen, von ihrem Lohne nur 797,58 *M.*, den außerhalb wohnenden nur 674,96 *M.* und 602,16 *M.* Der Abbau von 15 Prozent durch die Notverordnung brachte den Tabakarbeitern einen Minderverdienst von 2,82 *M.* wöchentlich oder im Jahre 146,64 *M.*, außer der Bürgersteuer. Die Herren Fabrikanten haben durch die Notverordnung allwöchentlich einen Gewinn von 315,84 *M.*, oder im Jahre 16 428,68 *M.* Wohl verstanden,

nur gerechnet die 112 Personen, die sich an der Lohnstatistik beteiligt haben. Von einem weiteren Lohnabbau kann unter keinen Umständen mehr die Rede sein. Die Tabakarbeiter sind am Ende ihrer Kraft und wünschen eine baldige Aufbesserung ihrer Löhne. Der Kollege **Hansen** erug bemerkte noch, daß auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung ganz bedeutende Verschlechterungen eingetreten sind. Auch hier ist Abhilfe bitter notwendig. Kollege **Winkler** gab den Bericht vom Ortsausschuß und erwähnte, daß das Gewerkschaftshaus doch gebaut werden soll. Nach einer längeren Aussprache hierzu forderte zum Schluß Kollege **Lüdge** auf, weiter zu kämpfen, um das Verlorene wieder zurückzuholen. Ein jeder müsse sich auch an der Maidemonstration beteiligen.

## Bekanntmachungen

Am 16. April ist der 16. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

1. März, Märzdorf 108,85, Peterswaldau 34.—
  2. Fiddichow 54,60, Richen 13,63, Brotterode 1450.—
  4. Danzig 100.—, Eßterberg 44,75, Waldkappel 60,50, Gelnhausen 6,40, Wanfen 157.—, Muskau 24,05, Mühlbach 12.—, Mühlhausen i. Baden 24,80.
  5. Haynrode 44,45, Philippsburg 30.—, Landshut 14,05.
  6. Lübeck 74.—, Militich 11,20, Gr.-Hausen 20.—, Karlsruhe 50.—, Neuhütten 3,50, Peiß 9,15.
  7. Kefferhausen 10,50, Pajewalk 25.—, Hundelshausen 82,45, Zweibrücken 22.—, Schweidnitz 7,55.
  8. Hannover 400.—
  9. Danzig 200.—
- Bremen, 12. April 1932. J. Krohn.

### Ortsangestellter für Herford gewählt

Als Ortsangestellter der Zahlstelle Herford ist der Kollege **Fritz Albrecht (Blotho)** gewählt worden. Den übrigen Bewerbern sei für ihre Mühewaltung bestens gedankt.

J. A.: **Wilhelm Borchard**

Unserm 3. Bevollmächtigten

### Heinrich Straßmann

zu seinem am 15. April stattfindenden 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegenschaft der Zahlstelle Soest

### Gestorben sind:

- Am 12. März die Lohnarbeiterin **Emma Dünzel**, 34 Jahre alt (Zahlstelle Dresden)
- Am 15. März die Zigarrenarbeiterin **Helene Braun**, 26 Jahre alt (Zahlstelle Schöneck).
- Am 17. März die Zigarrenarbeiterin **Bertha Valentin**, 67 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).
- Am 22. März die Wickelmacherin **Lucie Sohn**, 21 Jahre alt (Zahlstelle Elbing).
- Am 23. März der Zigarrensortierer **Alfred Beyer**, 51 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).
- Am 23. März die Zigarrenarbeiterin **Lisbeth Gläser** (Eilshausen), 30 Jahre alt (Zahlstelle Herford).

Ehre ihrem Andenken!

# Die „Zwar-aberer“ des Dritten Reiches

Aus einem Vortrag des Dipl.-Ing. Gottfried Feder, MdR., Verfasser des „Programm der NSDAP. (Verlag F. Eher Nachf. G. m. b. H., München)“. Weitergegeben von Ing. Johann Gröttrup. Wörtliche Zitate sind in „...“ gesetzt. (Der Vortrag wird in einem Saale gehalten, — auf der linken Seite haben sich auch Arbeiter und Angestellte eingefunden, — auf der rechten Seite sitzen Kommerzienräte, Industrielle, Großagrarier, Generäle, Prinzen, Mittelständler usw. Gottfried Feder wird mit einem dreifachen Heil empfangen. Er wendet sich zunächst an beide Seiten des Hauses).

Deutsche Männer und Frauen!  
Wir Nationalsozialisten sind Männer (dreifaches Heil), Männer von Rückgrat. Mit gewaltigem Tröhnen marschieren wir auf unser kristallklares Ziel los! (Dreifaches Heil). „Wir lehnen die Zwar-aberer, die zwar im Allgemeinen zustimmen, aber immer ein Aber bezüglich irgendwelcher Punkte bereit haben, ab.“ (Programm der NSDAP. — Vorwort, Seite 4.) (Feder wendet sich nach rechts:)

Zwar „passen wir uns“, wie unser Pg. Held in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Der Meister“ sagt, „dem Geist der Arbeiterschaft an, wir reden“ zwar „gegen das Kapital“, aber „wir brauchen dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden! Wir gerschlagen euch“ (den Unternehmern), „die Gewerkschaften!“ (Donnerndes Heil auf der rechten Seite des Hauses.) „Wir sind“ (Zuruf links: „Zwar“) „die nationalsozialistische Arbeiterpartei!“, aber (nach der rechten Seite gemandt) ich wiederhole, was ich im Reichstag dem

Führer der deutschen Volkspartei Dingeldey zugerufen habe: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterschieben.“ (Verblüffung auf beiden Seiten des Hauses.)

„Wir Nationalsozialisten lassen“ (zwar) „an dem jetzigen Stand der Erwerbslosenunterstützung nicht rütteln“ (Seite 16 des Programms), aber ich sage das selbe, was der Völkische Beobachter am 3 April 1931 schreibt: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitscheu. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden“, ferner sage ich das selbe, was unser Pg. Wagener, MdR., zum Ausdruck gebracht hat: „Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“ (Braufendes Heil rechts. — Unruhe bei den Arbeitslosen links.)

Wir Nationalsozialisten fordern (Feder wendet sich nach links) im Punkt 23 unseres Programms: „Beteiligung aller Beschäftigten an den Erträgen des Werkes“. (Linke Seite beruhigt sich — rechts Unruhe.) „Gewinnbeteiligung an den Erträgen der eigenen Arbeit ist eine so selbstverständliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit“ (Seite 58 des Programms). (Unruhe rechts wird größer). Aber: „Die Quelle der Forderung nach Gewinnbeteiligung ist im allgemeinen entweder die Gewinnsucht, dann ist sie nach ihrem inneren Wesen kapitalistisch oder der Neid, dann ist sie marxistisch“ (Seite 59 des Programms). (Stürmisches „sehr richtig“ rechts). Unfere Gegner (Zurufe: Pfui, Pfui) machen uns den Vorwurf, daß wir uns in der nationalen Front mit Großbankiers, Großgrundbesitzern, Schwerindustriellen und Vertretern des Hochadels zusammengefun-

den haben, um das deutsche Volk zu retten. Das hindert uns nicht. — Pg. Feder wendet sich an die linke Seite des Hauses — zu erklären: „Die Wirtschaftler, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleingewerbetreibende kennen nur ein Ziel, Profit.“ (Seite 25 des Programms.) „Jhn“ (den Unternehmer) „kümmerst nicht die Not seiner Arbeiter“ (Seite 46 des Programms). — „Profit, Rentabilität ist heute die Aufgabe der Wirtschaft“ (Seite 47 des Programms).

(Auf der rechten Seite des Hauses wurde es immer unruhiger, Pg. Feder wendet sich nach dort und erklärt): „An sich ist“ aber „Reichtum und Besitz gar nicht schädlich“ (Seite 49 des Programms). (Die rechte Seite beruhigt sich. — Murren links. — Pg. Feder wendet sich jetzt wieder nach links). „Wir Nationalsozialisten fordern“ zwar „die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe“ (Punkt 13 des Programms). (Unruhe rechts). Aber: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz“ (Punkt 8 des Programms Seite 35). (Unruhe links). „Wir Nationalsozialisten haben schlicht und einfach die jedermann verständliche Formel geprägt: „Gemeinnutz vor Eigennutz“. — (Seite 28 des Programms.) „Erst im Dienst der Allgemeinheit erwacht der einzelne zu höherem Leben. Erst so wird er — jeder an seinem Platze — wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst so begriffen, gewinnt der echte Sozialismus — der Gemein Sinn — wahres Leben.“ (Seite 29 des Programms.) Wir Nationalsozialisten erstreben somit eine gemeinnützige Planwirtschaft! (Dreifaches Heil auf der

16)

## Nur ein Dienstmädchen

Von E. Staple

XVI.

Herr und Frau Leroy kamen erst zur Dinerstunde nach Haus. Was vorgefallen, wurde ihnen fast augenblicklich klar; die eheliche Erfahrung konnte sich da nicht täuschen; Albert zeigte sich bei Tisch schlaff und einsilbig, aber er hatte die umrandeten und glänzenden Augen eines alten Wollüstlings; Sulette sah fieberhaft gerötet aus, ihre Hände zitterten beim Niedersetzen der Platten; auf beider Wangen prägte sich unter den Tränendrüsen ein bräunlicher Fleck deutlich aus.

Ebenso trug Albert unverkennbar die Spuren des Dienstmädchens; in Frau Leroy erwachte ein heftiger Unwille gegen dieses bössartige Geschöpf, das ihrem armen Jungen wehgetan, welches gewagt hatte, sich an der kostbaren Haut seines Zellengewebes zu vergreifen. Es

war häßlich von ihr, dieses männliche Zellengewebe verlegt zu haben. Sollte man eine solche But für möglich halten! Wenn er bloß keinen Schaden davon hatte! Wenn Alberts Gesicht anschwellen würde!

Trotzdem beschloß Frau Leroy, Sulette zu behalten, aus Barmherzigkeit, aus Seelengröße... und um Albert jetzt nicht dem Schmerz der Trennung auszusetzen.

Aber es würde eine interessante Ueberwachung vonnöten sein. Dann wieder, ein paar Tage später, überlegte sie, daß es besser wäre, sofort einzuschreiten; diese Kreaturen waren verderbt und die Leute erwiesen sich so töricht, mit übertriebener Vorliebe die Lasterhaftigkeit der sogenannten verführten Mädchen zu unterstützen, daß man seinem Rechte nichts vergeben durfte und sich Versicherungen erzwingen mußte, um Unannehmlichkeiten und Erpressungen zu verhindern.

Es war fünf Uhr nachmittags, zur Teezeit, während des Plauderstündchens, als die Frau Leroy Sulette in der ehelichen

Kammer erscheinen ließ. Die großen Augen der Gnädigen, ihre Adlernase, das Doppelkinn gewährten dort ein eigenartiges Bild herber Gerechtigkeit. Da füllte ihr schlaffer und fetter Körper, in Uebereinstimmung mit der Atmosphäre des Raumes, den Fauteuil würdiger als anderswo aus.

Das umfangreiche, geschmückte Bett, die beiden Nachtlischen verkörperten die Ehrbarkeit des Bürgertums. Der Schrank mit den Spiegeln, in dessen Widerschein sich das Bett majestätisch ausnahm, schien Ehevertrag und Mitgift zu bergen. Ein Geruch von Moral, mit Kölnischem Wasser und Aether vermischt, drang selbst durch die offene Tür des Ankleidegemachs herein, wo man auf einem Marmoreckisch den metallischen Glanz silberner Toiletteninstrumente wahrnahm. Schwere Gardinen hingen als legale, unbestechliche Zeugen an Fenstern und Türen.

Sulette stand, die Hände über der weißen Schürze gekreuzt, wartend vor ihr. Die Frau des Arztes stellte fest, daß diese magere, abgearbeitete Gestalt

Innen Seite — Unruhe rechts. Aber: „planwirtschaftliche marxistische, ebenso wie hochkapitalistische Sozialisierungsbestrebungen werden ausdrücklich abgelehnt“ (Seite 50 des Programms). (Rechte und linke Seite sehen sich verdutzt an — beiden Seiten ist die Sprache weggeblieben).

Kapitalismus, Marxismus, Sozialismus, Kommunismus — all diese „Jamen“ lehnen wir Nationalsozialisten ab. Wir haben ein viel schöneres und wundervolles Heilmittel. Wir fordern nach Punkt 11 unseres Programms: „Abuschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft“, „Brechung der Zinsknechtschaft ist“ (mit donnernder Stimme) „die stählerne Achse, um die sich alles dreht. Sie ist weit mehr als nur eine finanzpolitische Forderung. Sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben, wie ins wirtschaftliche ein, sie fordert von jedem die Entscheidung: Dienst am Volk oder schrankenlose private Bereicherung — sie bedeutet somit die Lösung der sozialen Frage“ (Seite 32 des Programms). Aber: „Es bedarf eingehenden Studiums, um sich in diese Frage einzuarbeiten“ (auf derselben Seite des Programms). (Unruhe auf beiden Seiten des Hauses. — Man begreift anscheinend nicht, daß auf einmal die stählerne Achse, um die sich alles dreht, zu einer Frage zusammenschrumpft, die noch eines eingehenden Studiums bedarf. Um zu zeigen, daß die NSDAP. doch schon die Frage der Brechung der Zinsknechtschaft studiert hat, gibt Pg. Feder nachstehenden programmatischen Vorschlag bekannt: „Die Regierung bringt bei der gesetzgebenden Körperschaft eine Vorlage ein über die Ausnutzung der bayerischen, sächsischen usw. Wasserkräfte, alle wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind genauestens gewürdigt“ (versteht sich am Rande). „Der Landtag usw. beschließt dann den Bau“. (Wehe ihm, wenn er's nicht tut.) „Er erteilt auch gleichzeitig die Genehmigung an den Finanzminister bzw. die

betreffende Reichs- oder Staatsbank, eine neue Reihe von Banknoten herauszugeben mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung — und zwar ihre volle Deckung — in dem Zug um Zug neu entstehenden Werken fänden.“ (Seite 52 des Programms.) Die so erläuterte „Brechung der Zinsknechtschaft“ und das Wundermittel der Beschaffung von neuem Papiergeld wird

anscheinend mit Zweifel und ohne Begeisterung von der Versammlung aufgenommen.

Die Versammlung ging auseinander. Aus dem Kraut- und Rübenprogramm, vermischt mit dem fortwährenden Zwar und Aber, war im Grunde niemand klug geworden. Es sei denn, die Zuhörer befanden sich auf der gleichen geistigen Bildungsstufe wie der Redner.

## Gegen die Armen

Der Stadtrat zu Gotha hat mit nationalsozialistischer Mehrheit beschlossen, daß der Bezirkskonsumverein die Warengutscheine der Wohlfahrtsempfänger nicht mehr in Zahlung nehmen darf. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil der Bezirkskonsumverein Gotha sich dagegen wandte, für die Verrechnung der Gutscheine an den Einzelhandelsverband Gotha 2 Prozent abzuführen. (Außerdem besteht noch die Verpflichtung zur Zahlung von 5 Prozent an die Wohlfahrtskasse der Stadt.)

Die Begründung des Stadtratsbeschlusses wurde in einer persönlichen Verhandlung der Vorstandsmitglieder mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten gegeben; diese Beamten der Stadt erklärten:

Der Konsumverein schädige den Einzelhandel, er sei eine sozialdemokratische Einrichtung und habe marxistische Tendenzen.

Alle vom Konsumverein wie auch vom Gothaer Gewerkschaftskartell eingeleiteten Verhandlungen — bis hinauf zum thüringischen Innenministerium — blieben ergebnislos. Was ist die Folge? Die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen, also die allerärmsten Mitglieder des Konsumvereins, werden durch den Beschluß des Stadtrats um die 4prozentige Rückvergütung betrogen und zu einem guten Teil von der genossenschaftlichen Warenversorgung ausgeschlossen. Die organisierten Verbraucher werden bestraft und zwangsweise zu Hörigen der Krämer erniedrigt.

## Schwerindustrie fördert NSDAP.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, teilt in Nr. 60 vom 11. März 1932 mit, daß in Hamborn in dem den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Hause Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 100a für die NSDAP. ein Ladenlokal eingerichtet wurde. Die Handwerker der zum Stahltrüß gehörenden August-Thyssen-Hütte, die den Laden einzurichten hatten, mußten Ueberstunden bis zur Bewußtlosigkeit machen, damit er noch rechtzeitig für die Hitlerpropaganda fertig wurde.

Die August-Thyssen-Hütte hat sich übrigens auch in der Wahlpropaganda für Hitler beteiligt. Auf dem Dach des Martin-Berks II und auf einem großen Gasrohr über der Kaiser-Wilhelm-Straße ließ sie die Inschriften „Wählt Hitler“ in der Nacht vom 5. bis 6. März anbringen.

Es ist wohl das erstmal in der Geschichte, daß sich die Exponenten des deutschen Scharfmachertums ausgerechnet zur Wahlhilfe für einen „Arbeiterführer“ verstehen. Wer jetzt noch glaubt, daß die NSDAP. wirklich eine „Arbeiter-Partei“ ist und in ihr nicht den bezahlten Kettenhund der Schwerindustrie erkennt, dem ist nicht mehr zu helfen.

**Gummiwaren** Hygien. Artikel. Preis. 1 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68. Alte Iacobstraße 8

schlecht in die anständige Umgebung paßte, und sie sprach langsam, mit etwas ironischer Schroffheit:

„Mein Kind, Sie werden seit einiger Zeit merkwürdig familiär mit Herrn Albert... ich verstehe, ein junger, unschuldiger Mann, das macht Spaß... O! Ich verlange keine Erklärung von Ihnen, Sie sind alt genug, um zu wissen, was Sie tun, und Gott sei Dank, Sie sind älter als er... allein, ich fühle mich verpflichtet, zu sagen, daß Ihnen kein Unglück zustoßen darf, man kann sich immer einrichten... und sollte die geringste Absicht...“

„Aber gnädige Frau, ich begreife nicht.“  
„Ueberlegen Sie, Sie sind nicht geistlos, haben es bewiesen.“

Als Sulette in ihre Küche zurückkehrte, hatte die Gnädige die Sachlage so selbstverständlich auseinandergelagt, daß eine unumstößliche Wahrheit zutage trat: bei dem Vorfall zwischen Herrn Albert und dem Dienstmädchen war alles Unrecht auf Seiten Sulettes.

Sie hatte einen Verstoß, einen Mißbrauch des Vertrauens gegen ihre Ge-

bieter begangen. Das war, als wenn sie aus Raschhaftigkeit gestohlen oder eine Nippsache dadurch verdorben hätte, daß sie trotz ausdrücklichen Verbotes dieselbe berührte.

Und „wenn ihr ein Unglück zustieße“, das würde ihre Schuld noch erhöhen, wie wenn die Unverschämte das Haus mit den Scherben, die das sträfliche Ungeschick verursachte, beschmutzte oder aus dem Büfett entwendetes Backwerk verschlungen hätte und ihr in Gegenwart von Besuch übel würde.

Die Angelegenheit wurde übrigens nicht mehr berührt. Sulette glaubte wohl zu bemerken, daß man ihrer Betrachtung ein ganz neues Instrument, das oft auf dem Marmor des Toilettentisches vergessen wurde, aufdrang, aber sie zuckte in ihrer Sorglosigkeit und Unkenntnis die Achseln. Jene Anspannung, welche heftigen Erschütterungen folgt, machte sie ruhig, gleichgültig, zufrieden damit, sich auf ihre mechanische Arbeit beschränken zu können. Albert wagte sich, in der Befürchtung, gebissen oder gekraht zu werden, nicht mehr an sie

heran. Sie vermieden, einander zu sprechen, zu sehen. Angesichts ihres Verhaltens konnte Frau Leroy verwundertes und mißbilligendes Kopfschütteln nicht zurückhalten. Sie sann darauf, Albert ab und zu in die Küche zu schicken, um Befehle überbringen zu lassen. Da er sich dieser Aufträge gleichgültig entledigte, äußerte sie eines Tages, ohne Ursache, ungeduldig zu Sulette:

„Sie machen kein lebenswürdiges Gesicht, mein Kind, man schmolzt nicht ewig.“

Erst nachdem zwei Monate verstrichen waren, begann Sulette sich zu beruhigen. Wie! War sie denn schwanger? Und woher kamen diese Schwankungen zwischen großem Wohlbehagen und heftiger Angst?

Die Symptome der Schwangerschaft blieben, und gleichwohl war sie freudig bewegt. Sulette konnte minutenlang regungslos in einem Zimmer stehen. Mutter! Dies Wort schien ihr in seiner Unermesslichkeit Haus, Straße und Stadt zu erfüllen. Ihr Wesen strömte unendliche Güte aus, die Augen verschwendeten Lieber, ihre fleischigen Lippen boten sich der ganzen Welt zum Kusse dar;

# Internationale Sozialpolitik

**IAB.** In seinem soeben erschienenen Bericht zu der am 12. April d. J. in Genf begonnenen 16. Internationalen Arbeitskonferenz gibt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, wie alljährlich, Rechenschaft über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation. Mehr denn je mußte das Internationale Arbeitsamt im letzten Berichtsjahre neben seiner Tätigkeit zur Förderung der internationalen Sozialpolitik darauf bedacht sein, im Rahmen der durch den Teil 13 des Friedensvertrages gegebenen Möglichkeiten an der Milderung der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise mitzuwirken. Daß die ungeheure auf der Welt lastende Krise auch den internationalen sozialen Fortschritt hemmt und sein Tempo langsamer gestaltet, ist unvermeidbar. Diese Hemmungen sind im letzten Jahre in wachsendem Maße in Erscheinung getreten. Die Zahl der seit dem 15. März 1931 bis zum 1. Febr. 1932 neu eingetragenen Ratifikationen der internationalen Arbeitsübereinkommen beläuft sich auf 28 (gegenüber 38 im Jahre 1931 und 44 im Jahre 1930).

Diese Zahl spiegelt die Festigkeit der Weltwirtschaftskrise wider. Sie läßt aber auch erkennen, daß trotz aller Schwierigkeiten der soziale Fortschritt auch auf internationalem Gebiete weiterschreitet, wenn auch langsamer, als dies in Jahren guter Konjunktur der Fall gewesen ist.

Neben der Tatsache, daß somit heute in etwa 85 Ländern der Welt 81 internationale Arbeitsübereinkommen durch 452 Ratifikationen durchgeführt werden, stellt der diesjährige Bericht des Direktors als ein Zeichen des Vertrauens fest, daß darüber hinaus zahlreiche Länder der Welt neue sozialpolitische Gesetze eingeführt oder in Aussicht genommen haben, und daß diese Gesetze in immer höherem Maße schon von vornherein nach den Grundsätzen der internationa-

len Arbeitsübereinkommen gestaltet werden. Besonders stark kommt dies im neuen spanischen Arbeitsrecht zum Ausdruck.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Bestrebungen zur Entwicklung des Arbeitsschutzes in den asiatischen Ländern. Hier stehen Indien und Japan mit 12 bzw. 11 Ratifikationen internationaler Arbeitsübereinkommen an der Spitze. Die chinesische Regierung ist im Berichtsjahre im Aufbau ihrer Arbeitsschutz durch einen Sachverständigenausschuß des Internationalen Arbeitsamtes beraten worden. In Indien hat der sog. Whitley-Ausschuß seinen Bericht über die Arbeiterschutzmaßnahmen veröffentlicht und dabei insbesondere auf die Verpflichtungen Indiens als Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation hingewiesen. Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, befindet sich gegenwärtig in Ägypten, um die ägyptische Regierung bei der Einrichtung einer Sozialbehörde zu beraten. Der Bericht des Direktors stellt eine immer stärkere Anteilnahme der außereuropäischen Länder an dem Werk der Internationalen Arbeitsorganisation fest. Diese Bestrebungen kommen insbesondere auch in den Wünschen dieser Länder nach einer besseren Vertretung in den Organen der Internationalen Arbeitsorganisation zum Ausdruck.

Neben diesen Tatsachen verheißt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in seinem Bericht durchaus nicht, daß sich die Beziehungen zu den großen europäischen Industrieländern angesichts der Krise etwas schwieriger gestalten haben. Besonders weist er in bezug auf Frankreich darauf hin, daß es trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen sei, das schulpflichtige Alter auf 14 Jahre zu erhöhen. Durch diese Maßnahme würde es Frankreich möglich werden,

die drei Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit zu ratifizieren, Übereinkommen, die zweifellos mit zu den wertvollsten der Internationalen Arbeitsorganisation gehören.

Ein besonderer Abschnitt ist Deutschland gewidmet. Hier ist die internationale Sozialpolitik angesichts der innerpolitischen Verhältnisse und der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Nöte auch in der öffentlichen Meinung, und selbst bei der Arbeiterschaft, etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Die Tatsache, daß Deutschland im Jahre 1931 nicht ein einziges Übereinkommen ratifiziert hat, dürfte dafür ein Beweis sein. Auch sind neue soziale Fortschritte in Deutschland nicht erzielt worden. Die ungeheure wirtschaftliche Notlage hat stellenweise sogar zu einer Kürzung sozialer Leistungen geführt.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes betont jedoch, daß es, trotz dieser Notmaßnahmen, Deutschland zur Ehre gereiche, das Prinzip der Sozialpolitik und die Grundlage seines kollektiven Arbeitsrechts in diesen Krisenstürmen in vollem Umfange bewahrt zu haben. Auch hätte die deutsche Regierung ihre internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes korrekt eingehalten.

Von besonderem Interesse für die Internationale Arbeitsorganisation ist die neue Entwicklung in Großbritannien, das den Weg des Protektionismus beschritten hat und damit auch nicht mehr in dem Maße wie früher an einer aktiven Förderung internationaler Arbeitsschutzmaßnahmen interessiert ist. Mit Recht wird in dem Bericht die Frage gestellt: „Wer kann sagen, ob nicht das allgemeine Bestreben zum Protektionismus den Völkern volkswirtschaftliche Schwierigkeiten schafft, deren Lösung erneut in einer internationalen Anlei-

Luft, Himmel, Licht, alles stimmte sie zärtlich. Sie betrachtete sich in den Spiegeln mit einer verwunderten, betnahe ehelfürchtigen Neugier, indem sie das erhabene Werk der Natur in ihrem Innern erkennen, zu vernehmen suchte.

Ueberdachte sie ihre Lage als lediges Mädchen? In unerschütterlicher Festigkeit des Willens schwor sie sich, ihre Mutterpflicht trotz aller Hindernisse zu erfüllen.

Sinnlich der Kenntnis einer tatsächlichen genaueren Art, wie ihre Schwangerschaft enden und welches ihr Los als Mädchen-Mutter sein würde, zog sie es vor, über die Frage nicht zu grübeln und sorglos in den Tag hineinzuleben.

Sie hegte keinen Groll, keine Rachedanken gegen Albert; ihre tiefe Empfindung wäre viel eher zu Wohlwollen bereit gewesen. Hätte Albert nach dem brutalen Siege ein wenig Liebe an den Tag gelegt, wäre sie aus freiem Antriebe in seine Arme zurückgekehrt. Aber der einfältige Egoismus dieses Knaben, der erst bloß wohlfeiles Vergnügen gesucht hatte und der sich jetzt nur mit feiger

und lächerlicher Vorsicht näherte, hatte sie in Indifferenz erstarren lassen. Für Sulette existierte die Vaterchaft Alberts nicht; das Kind war nur ihres, ihr allein würde es gehören.

Bei Tisch prüfte der Arzt, während er die Nebenpeise nahm, Sulette stets mit seinem jovialen Kennerblick.

An einem Donnerstag im Dezember, im vierten Monat ihrer Schwangerschaft, verdüsterte ein mit Regen vermishtes Schneetreiben Paris vom Morgen bis zum Abend. Während des ganzen Tages übten Kinder in der ersten Etage ihre Klavieraufgabe und wiederholten über hundertmal das nämliche klassische Stück, zu dem man den bekannten Text singt: „Papa, die kleinen Schiffe, die auf dem Wasser gehn, sag, haben die denn Beine?“

Es war eine unerklärliche Erscheinung, daß Sulette bei dieser Musik große Nervenschwäche überkam; sie hätte vor Kummer und Müdigkeit am liebsten gemeint.

Am Abend, als sie am Schluß des Dinners sich über den Tisch beugte, um eine Kompottschale zu entfernen, erhob

sich der Arzt vom Stuhl und brachte seine Nase fast mit der Wange Sulettes in Berührung.

Einen Augenblick später, im Salon schrie er Frau und Sohn an:

„Da haben wir's. Sie ist schwanger. . . Man sieht's ihr schon an! . . . Euch soll der Teufel holen!“

Frau Leroy war mit einem Satz in der Küche, packte Sulette am Arm und richtete, ohne ein Wort zu sagen, mehrere Male ihre zorngeröteten Augen bald auf die von braunen Flecken gezeichneten Wangen, bald auf den leicht veränderten Körper. Dann schrie sie, über und über rot vor Empörung:

„Unglückselige! Ich habe Sie noch so gewarnt! . . . Ich werde Sie hier keine vierundzwanzig Stunden mehr behalten . . . ein solcher Skandal kann in einem ehrbaren Hause nicht geduldet werden!“

Dieser unerwartete Schlag traf Sulette schwer: in einem Augenblick, mo niemand von ihr etwas würde wissen wollen, sollte sie aufs Pflaster geworfen werden. Ein unverständliches Stammeln

gung der Arbeitsbedingungen gesucht werden muß? Wer kann sagen, ob nicht die trotz aller protektionistischen Maßnahmen weit über die Landesgrenzen hinausgreifenden internationalen Industrievereinbarungen diese Einheitlichkeit in wachsendem Maße notwendig machen, ja sie sogar fördern?" Jedermann sieht heute ein, daß eine Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Gegenwart nur durch internationale Verständigung möglich ist. Von allen wird anerkannt, daß die gegenwärtigen Bestrebungen der Staaten zur Selbstgenügsamkeit nur vorübergehender Natur sein können, bis der Weg zu einer wirklichen internationalen Verständigung frei ist.

Die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation kann angesichts dieser Tatsachen, soweit es sich um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise handelt, nur eine begrenzte sein. Im vergangenen Jahre hat sich auch die I.A.O. vorwiegend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt und Vorschläge zur internationalen Förderung zum Ausbau der Arbeitslosenversicherung gemacht. Andere Vorschläge betreffen die Streckung vorhandener Arbeitsgelegenheit, die Arbeitsvermittlung, die sinngemäß geleitete Auswanderung und vor allem die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf etwa 40 Stunden wöchentlich. Die Vorschläge zur Durchführung großer nationaler und internationaler Arbeitsbeschaffungspläne, die gegenwärtig in Paris beraten werden, haben bei den Regierungen und in der öffentlichen Meinung starken Widerhall gefunden.

Sehr eingehend befaßt sich der Bericht mit dem grundlegenden Problem der wirtschaftlichen Neuordnung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch. Hier wird vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes auf die wachsende Bedeutung einer gesteuerten Wirtschaft hingewiesen und auf die Möglichkeiten

der internationalen Sozialpolitik im Rahmen einer solchen organisierten Wirtschaft. Alles in allem läßt der Bericht mit seiner eingehenden Analyse der Krisenursachen und der Darstellung der sozialpolitischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erkennen, daß die Sozial-

politik in allen Ländern ihre Existenzberechtigung bewiesen hat. Darüber hinaus kann die internationale Sozialpolitik, wenn sie sinngemäß und konsequent durchgeführt wird, selbst mit zu einem Faktor zur Ueberwindung der Krise werden.

## Heinrich Limberg †

Der Schnitter Tod scheint ununterbrochen Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir wieder den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb Heinrich Limberg, der Redakteur des Organs des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Limberg war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dortmund geboren. Wie es bei der Proletariatsjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Im Jahre 1902 wurde Limberg Arbeitersekretär in Iserlohn. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der mit einer Aussperrung der Unternehmer beantwortet wurde. Limberg mußte diese seine Führertätigkeit mit Gefängnis büßen.

Im Jahre 1908 wurde er Redakteur der „Essener Arbeiter-Zeitung“. Als das Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limberg dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder des Kollegen Limberg über das Scharfmachertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limberg als Redner tätig. 1919 wurde er Mitglied der Preussischen Landesversammlung und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preussischen Landtages und Vorsitzender der Fraktion.

Seit 1924 gehört Kollege Limberg dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, der heutigen „Bergbau-Industrie“, übernahm Limberg im Jahre 1923. Er war einer jener zähen und unbeirrbareren Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendidealen bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Kollege Limberg mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

## Der Krisenkongreß

Der außerordentliche Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der infolge des Osterfriedens verschoben wurde, um ihm nichts von seiner Wirkung zu nehmen, findet nunmehr, wie schon berichtet, am 13. April statt. Alle Dispositionen, die seinerzeit getroffen wurden, bleiben aufrecht erhalten. Die Delegierten zum Frankfurter Gewerkschaftskongreß behalten ihr Mandat für den Krisenkongreß, der sich im Reichstag versammeln wird. Als Berichterstatter über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“ — ist der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Genosse Eggert, bestimmt worden. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Dr. Stierwald haben ihr Erscheinen zugesagt.

dann die scheue Bitte: „Gnädige Frau, sagen Sie mich nicht fort, ich will meine Arbeit bis zum letzten Augenblick ebenso gut machen, dann werde ich mein Kindchen zu meiner Mutter aufs Land schicken.“

Frau Leroy hatte für diesen ungeheuerlichen Vorschlag nur ein hochmütiges Lächeln und wollte sich entfernen, ohne sie nur einer Antwort zu würdigen. Sie besann sich aber, als sie das plötzlich veränderte Gesicht Sulettes mit dem Ausdruck einer wilden Energie sah, rasch eines anderen:

„Gut, ich werde die Entschließung aufheben und meinen Mann fragen. Aber es läßt sich nicht mit meinen Grundfäden vereinen; ferner ist es nötig, daß Sie mir einen Brief z. B. mit dem Bekenntnis schreiben, daß Sie Beziehungen zu einem jungen Mann aus Ihrem Dorfe gehabt haben und mich bitten, Sie trotz Ihrer Verfehlung zu behalten. Verstehen Sie? So wird es mir wohl leichter gelingen, den gnädigen Herrn milb zu stimmen.“

„Ja, gnädige Frau, ich schreibe gleich,“ sagte Sulette eingeschüchtert.

Der eifige Regen schlug ununterbrochen gegen die Scheiben der Küche; nach der Unterbrechung, die das Diner verursachte, spielte das Piano von neuem die Melodie „Von den kleinen Schiffen“.

Zwei Tage danach ging Frau Leroy schon frühmorgens aus. Bei ihrer Rückkehr wendete sie sich an Sulette, die im Salon Staub segte:

„Der Herr ist unerbittlich,“ sagte sie barsch, mit stolzer Miene, in feindseligem Tone: „Sie müssen sofort gehen, ich bringe Ersatz mit; Ihren Wochenlohn sollen Sie bekommen.“

Eine heftige Herzdekklemmung ließ Sulette erblaffen, und im selben Augenblick fühlte sie zum erstenmal das Leben in ihrem Schoß sich regen. Ein animalisches Angstgefühl verhinderte sie zu sprechen, sie ließ nur ihre traurigen, verstärkten Augen durch das Zimmer streifen. Erst streifte sie die majestätische Erscheinung der Frau Leroy; nun erkannte sie sich in dem Spiegel über dem Kamin kaum noch wieder, so war sie gealtert, elend, häßlich geworden. Schließlich erblickte sie auf der Schwelle des Salons,

an der Stelle, wo Albert sie niedergeworfen hatte, ein sehr hübsches, junges und frisches Mädchen; der helle Sonnenschein durchflutete den Salon und glänzte auf ihrem kastanienbraunen Haar.

Das neue Dienstmädchen stand lächelnd, die weißen Zähne zeigend, mit einem Ausdruck anbetungswürdigen Vertrauens, dicht bei den Palmen.

Sulette schleifte ihren Koffer in den Korridor und stieg die Treppe hinab, einen Wagen zu holen. Es war der 24. Dezember, das Wetter schön und sehr kalt. Als sie, vom Kutscher gefolgt, wieder heraufkam, fand sie ihren Lohn auf dem Koffer, alle Türen waren verschlossen, man hörte keinen Laut. Die lauliche Atmosphäre des Vorzimmers duftete wie ein zartes Gemisch von Bohnwachs, Aether und Vanille. Ein solcher Ausdruck der Ehrbarkeit ging vom Teppich, den Tapeten, dem Kronleuchter des Entrees, den geschnittenen Stühlen und der Kommode, selbst von der Stille und dem Halbdämmer aus, daß der Kutscher seinen Hut ehrfurchtsvoll abnahm. Er ging mit dem Koffer. (Fortsetzung folgt)